

31/SN-12/ME

Zukunft • Bildung • KulturBUNDESMINISTERIUM
FÜR UNTERRICHT
UND KULTURELLE
ANGELEGENHEITENMinoritenplatz 5
A-1014 WienTel. +43-1/531 20-0
Fax +43-1/531 20-4499An das
Präsidium des
Nationalrates
Parlament
1010 WIENSachbearbeiter:
Dr. Anton STIFTER
Tel.: 531 20 - 2368

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Familienlastenausgleichsgesetz 1967
geändert wird;
Stellungnahme

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	-GE/19. 16
Datum: 8. MRZ. 1996	
Verf. 1.7.96 M	

May Keller

Das Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten übermittelt in der Anlage 25 Gleichschriften seiner Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für Jugend und Familie mit GZ 23 0102/4-II/3/96 übermittelten Entwurf einer Novelle zum Familienlastenausgleichsgesetz 1967 zur gefälligen Kenntnisnahme.

BeilageWien, 4. März 1996
Für die Bundesministerin:
i.V. Dr. STIFTER*Prax*

Zukunft • Bildung • Kultur

BUNDESMINISTERIUM
FÜR UNTERRICHT
UND KULTURELLE
ANGELEGENHEITEN

Minoritenplatz 5
A-1014 Wien

Tel. +43-1/531 20-0
Fax +43-1/531 20-4499

Zl. 13.573/3-III/3/96

An das
Bundesministerium
für Jugend und
Familie
Franz Josefs Kai 51
1010 WIEN

Sachbearbeiter:
Dr. Anton STIFTER
Tel.: 531 20 - 2368

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Familienlastenausgleichsgesetz 1967
geändert wird
Zu Zl. 23 0102/4-II/3/96

Das Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten nimmt zum
obzitierten Entwurf wie folgt Stellung:

Zu § 2 Abs. 1 lit.i:

Gemäß dieser Bestimmung haben Personen, die im Bundesgebiet einen Wohnsitz oder
ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, Anspruch auf Familienbeihilfe für volljäh-
rige Kinder, die das 26. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und sich in
Schulausbildung befinden, nur dann, wenn sie die jeweils festgelegte Schuldauer
um nicht mehr als ein Jahr überschreiten. Dabei ist jene Schulausbildung maßge-
bend, die das Kind bei Erreichen der Volljährigkeit absolviert.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß die für die Berufsausbil-
dung und Arbeitsplatzsicherung oft notwendigen Kollegs nicht erfaßt werden - im
Gegensatz zu den Hochschulen und Fachhochschulen. Das gleiche gilt auch für die
sich unmittelbar an die Reifeprüfung (Schulabschluß) anschließenden Spezial-
lehrgänge. Eine Gleichstellung der Kollegs und Speziallehrgänge mit den Hoch-
schulen und Fachhochschulen erscheint daher nötig (auf die Zielsetzung dieser
Schulformen wird hingewiesen).

Es wird daher ersucht, diese Schulformen in der gegenständlichen Bestimmung zu
berücksichtigen.

Wien, 4. März 1996
Für die Bundesministerin:
Dr. STIFTER

Dr. R. d. A.